

**FDP fasst Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 25.9.22****Medienmitteilung der FDP Winterthur**

Winterthur, 29. August 2022

**Die FDP-Winterthur hat die Parolen für die kommende Volksabstimmung vom 25. September 2022 gefasst: Nein zum Nachtragskredit Medientechnik im Stadtparlamentssaal, Nein zur Volksinitiative „Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre“ und Ja zum Gegenvorschlag der Kreislaufinitiative.**

**Nein zum Rolls-Royce im Stadtparlamentssaal**

Die FDP-Mitglieder und die FDP-Fraktion im Stadtparlament sagen Nein zum Zusatzkredit von Fr. 947'200 für überbordende digitale Medien (AV-Technik) im Ratssaal. Die Renovation des aus dem Jahr 1970 stammenden Saals sowie der Einbau einer elektronischen Abstimmungsanlage und von Mikrofonen sind unbestritten. Dafür haben Stadtrat bzw. Parlament jedoch bereits einen Kredit von rund 1,4 Mio. gesprochen. Umstritten ist jedoch der Zusatzkredit für Konferenzstationen (Steuerung Mikrofone, Präsentationen, Lichtstimmung, Vorhänge durch Ratsleitung), Mediensteuerung über Touch Panels für jedes Parlamentsmitglied, sowie ein Livestreaming der Ratsdebatten und automatische Transkription der Protokolle. Gegen den geplanten Rolls-Royce in der Medientechnik haben FDP, Die Mitte und SVP das Rats-Referendum ergriffen. Wir sagen Nein zu diese unnötigen Luxus-Stromfresser im Rathaus.

**Ja zum Gegenvorschlag der Kreislaufinitiative**

Die Kreislaufwirtschaft hat zum Ziel, bei der Produktion und beim Konsum bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich wiederzuverwenden. Mit dem Gegenvorschlag des Kantonsrats sollen günstige Rahmenbedingungen für einen schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern geschaffen und Stoffkreisläufe geschlossen werden. Dafür ist eine Ergänzung der Kantonsverfassung vorgesehen. Die FDP Winterthur hat die Ja-Parole beschlossen.

**Nein zur Volksinitiative „Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre“**

Die Volksinitiative der Alternativen Liste AL «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» verlangt, dass Einkünfte aus Beteiligungen an Unternehmen (z. B. Dividenden) höher besteuert werden. Personen, die mit mindestens 10 Prozent an Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften beteiligt sind, sollen die Einkünfte aus diesen Beteiligungen künftig zu 70 Prozent statt wie heute nur zu 50 Prozent versteuern müssen. Der Titel ist irreführend, da vor allem auch KMU betroffen sein werden. Die Folgen wären eine Erhöhung der Steuerbelastung durch Gewinn- und Einkommenssteuer bei ausgeschütteten Gewinnen aus qualifizierten Beteiligungen und eine Schlechterstellung des Kantons, da die Gewinnsteuersätze in den umliegenden Kantonen tiefer sind. Die FDP Winterthur lehnt die Volksinitiative ab.

Weitere Auskünfte erteilen:

- Nachtragskredit Medientechnik Stadtparlamentssaal: Romana Heuberger, Stadtparlamentarierin: +41 79 310 33 74, [romana.heuberger@publicr.ch](mailto:romana.heuberger@publicr.ch)
- VI „Keine Steuergeschenke“: Dieter Kläy, Kantonsrat: +41 79 207 63 22; [d.klaey@sgv-usam.ch](mailto:d.klaey@sgv-usam.ch)
- Kreislaufinitiative: Carola Etter-Gick, Kantonsrätin, +41 78 749 62 36, [c.etter.gick@gmail.com](mailto:c.etter.gick@gmail.com)